

Beschluss 1: Demokratiefördergesetz

Langfristige Herausforderungen brauchen nachhaltige Strukturen

Die *Allianz gegen Rechtsextremismus* begrüßt die Bestrebungen der Bundesregierung ausdrücklich, im Jahr 2023 ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen. Die Gefahr für die Demokratie, die insbesondere vom Rechtsextremismus und von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgeht, wurde als solche erkannt und soll mit allen relevanten Akteur*innen wirksam bekämpft werden.

Wir sehen in den letzten Jahren zunehmend, wie antidemokratische Strömungen, rechtsextreme und menschenfeindliche Übergriffe im Realen wie im Digitalen zunehmen. Diese richten sich gegen alle demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft, gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen, politische Mandatsträger*innen und Privatpersonen. Diese Entwicklungen verstärkten sich wie unter einem Brennglas in den Krisen der letzten Jahre, insbesondere während der Corona-Pandemie und dem völkerrechtswidrigen Krieg Putins mit seinen nachfolgenden wirtschaftlichen Konsequenzen.

Neben den überregionalen großen Organisationen, die über das Demokratiefördergesetz abgesichert werden sollen, fordert die *Allianz* ergänzend, dass auch lokale und regionale Akteur*innen Planungssicherheit erhalten und im Rahmen des Demokratiefördergesetzes wirken können. Diese sind Expert*innen mit langjähriger Erfahrung in ihrem Bereich und können die Bedarfe vor Ort am besten einschätzen und zielgruppenspezifische Angebote schaffen. Die Gefahr einer Schaffung von Doppelstrukturen kann so wirksam verhindert werden.

Um den aktuellen gesamtgesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen wirksam und nachhaltig entgegenzutreten, braucht es eine langfristige Planungssicherheit, Kontinuität sowie professionelle Strukturen, damit die Demokratieinfrastruktur in der Bundesrepublik flächendeckend funktioniert.